

N i e d e r s c h r i f t

über den öffentlichen Teil der 146. Sitzung

des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

am 19. August 2026

Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung:

Seite:

1. **Unterrichtung durch den Finanzminister zur Salzgitter AG, Übernahme HKM**
Unterrichtung 5
Aussprache (zum Teil in vertraulicher Sitzung)..... 6

2. **Fortsetzung der Unterrichtung durch die Landesregierung zur NORD/LB**
dazu: **Vorlage 321 (MF)**
(in vertraulicher Sitzung) 8

3. **Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Stand der Garantieportfolien der NORD/LB**
Unterrichtung 9

4. **Vorlagen**
 - Vorlage 325 (MWK)** Hochbaumaßnahmen des Landes; Haushaltsplan 2026, Einzelplan 06, Titelgruppe 70-72, Kennziffer 0613 130, Universität Oldenburg, Forschungsbau NaviGate..... 10
 - Vorlage 326 (MF)** Wiederbesetzung von Stellen gemäß Nr. 4 der Allgemeinen Bestimmungen zu den Personalausgaben (0309, 0318, 0401, 0406, 0501, 0521, 0901, 0910, 0941, 1501, 1506, 1555)..... 11

5. **Steuerbetrug wirksam bekämpfen - den niedersächsischen Steuervollzug fortentwickeln und Steuergerechtigkeit weiter stärken**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/10666](#)

Fortsetzung der Beratung 12

Anwesend:

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Dr. h. c. Björn Thümler (CDU), Vorsitzender
2. Abg. Jan-Philipp Beck (SPD)
3. Abg. Markus Brinkmann (SPD)
4. Abg. Jörn Domeier (SPD)
5. Abg. Dr. Dörte Liebetruth (SPD)
6. Abg. Sebastian Penno (i. V. des Abg. Björn Meyer) (SPD)
7. Abg. Melanie Reinecke (CDU)
8. Abg. Jörn Schepelmann (zeitw. vertr. durch den Abg. Reinhold Hilbers) (CDU)
9. Abg. Claus Seebeck (CDU)
10. Abg. Ulf Thiele (CDU)
11. Abg. Dr. Andreas Hoffmann (GRÜNE)
12. Abg. Swantje Schendel (i. V. der Abg. Pippa Schneider) (GRÜNE)
13. Abg. Jürgen Pastewsky (i. V. des Abg. Peer Lilienthal) (AfD)

Von der Landesregierung:

Minister Heere (MF).

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrätin Armbrecht.

Niederschrift:

Regierungsrat Dr. Schmidt-Brücken, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 10:15 Uhr bis 10:29 Uhr, 11:29 Uhr bis 12:03 Uhr.

Außerhalb der Tagesordnung:*Billigung von Niederschriften*

Der **Ausschuss** billigt die Niederschriften über die 143., 144. und 145. Sitzung.

Verfahrensbeschluss zum Finanzstatusbericht 2026

Der **Ausschuss** beschließt, der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens im Rahmen von deren Anhörung zum Auftakt der diesjährigen Haushaltsberatungen Gelegenheit zu einer Stellungnahme zum Bericht zur „Entwicklung der Finanz- und Haushaltslage des Landes Niedersachsen und der niedersächsischen Kommunen“ (Finanzstatusbericht 2026) zu geben.

Tagesordnungspunkt 1:

Unterrichtung durch den Finanzminister zur Salzgitter AG, Übernahme HKM

Die Landesregierung hatte mit Schreiben vom 9. Juli 2026 um die Möglichkeit zur Unterrichtung gebeten. Die letzte Unterrichtung zu diesem Thema war in der 135. Sitzung am 8. April 2026 erfolgt.

Unterrichtung

Minister **Heere** (MF): Ganz herzlichen Dank, dass ich heute zu diesem Themenbereich unterrichten darf. Ich danke auch Herrn Groeblen dafür, dass er sich zur Verfügung gestellt hat, um aus der Sicht des Vorstandes der Salzgitter AG vorzutragen.

Ich möchte Ihnen gern zunächst einige Informationen in öffentlicher Sitzung geben und gegebenenfalls auch Ihre Fragen dazu beantworten. Da in den vorangegangenen Unterrichtungen zu diesem Bereich auch Fragen aufgeworfen wurden, die in vertraulicher Sitzung diskutiert werden müssen, möchte ich bitten, hierfür an entsprechender Stelle Vertraulichkeit herzustellen.

Zuletzt hatte ich den Haushaltsausschuss in den Sitzungen am 18. März und am 8. April 2026 zu den aktuellen Entwicklungen und den Verhandlungen bezüglich der Übernahme der Anteile an den Hüttenwerken Krupp Mannesmann (HKM) unterrichtet. Insbesondere in der parlamentarischen Sommerpause haben sich weitere Entwicklungen ergeben. Nachdem es insoweit zu Ergebnissen gekommen ist und nachdem der Aufsichtsrat der Salzgitter AG am 7. Juli getagt hat, haben wir unmittelbar angezeigt, Sie hierüber zu informieren.

Es freut mich, Ihnen mitteilen zu können, dass die Verhandlungen, über die ich in den letzten Unterrichtungen berichtet habe, inzwischen erfolgreich abgeschlossen werden konnten. Wir waren über den Aufsichtsrat und die weiteren Gremien der Salzgitter AG eingebunden und haben dort intensiv diskutiert. Der Aufsichtsrat hat im Rahmen einer Sondersitzung am 7. Juli 2026 grünes Licht für den Erwerb sämtlicher Geschäftsanteile an der HKM gegeben und dem Investitionsvorhaben zur Errichtung eines Elektrolichtbogenofens am Standort Duisburg zugestimmt. Am 8. Juli erfolgte die Unterzeichnung der Verträge zum Erwerb der HKM.

Die Integration der HKM in den Konzern ist ein andauernder Prozess, der unmittelbar angestoßen wurde. Einer der wichtigen ersten Schritte war, dass die HKM als neue Salzgitter-Tochtergesellschaft am 28. Juli mit dem Unternehmen Tenova einen Vertrag über die Lieferung, Errichtung und gemeinsame Inbetriebnahme eines Elektrolichtbogenofens sowie wesentlicher technischer Nebenanlagen geschlossen hat. Damit wird die Transformationsstrategie der Salzgitter AG, die am Standort Salzgitter mit dem Projekt SALCOS verbunden ist, auch am Standort der HKM in Duisburg klar fortgesetzt. Mit der Vergabe des mit einer Kapazität von 2,5 Mio. t größten Elektrolichtbogenofens Deutschlands hat die Salzgitter AG auch am Standort Duisburg einen wichtigen Schritt ihrer Transformationsstrategie zur Dekarbonisierung der Stahlproduktion umgesetzt und ist damit weiterhin - das kann man klar so sagen - Vorreiter in Deutschland.

Die Umsetzungsphase des Projekts nach der Beschlussfassung ist bereits angelaufen. Die Fertigstellung des Elektrolichtbogenofens ist für 2029 geplant. Der Bau des Elektrolichtbogenofens wird mit bis zu 200 Mio. Euro im Rahmen des Förderprogramms „Bundesförderung Industrie und Klimaschutz“ (BIK) durch den Bund und das Land Nordrhein-Westfalen gefördert.

Ich möchte an dieser Stelle insbesondere Herrn Groebler und dem Team der Salzgitter AG danken, die - natürlich mit viel gutachterlicher Unterstützung - einen Business Case vorgelegt haben, der sich rechnet, und nach intensiven Beratungen und Verhandlungen mit den bisherigen Mit-eigentümern der HKM, die in erheblichem Maße Kapazitäten gebunden haben, positive Ergebnisse vorlegen konnten. Auch der Aufsichtsrat, dem die entsprechenden Informationen in vielen Sitzungen vorgestellt wurden, hat dieses Ergebnis mit seiner Entscheidung klar unterstützt.

Aussprache

Abg. **Ulf Thiele** (CDU): Herzlichen Dank, Herr Minister, für die erneute Unterrichtung zu diesem Themenkomplex. Und danke, Herr Groebler, dass Sie heute zur Verfügung stehen; das ist wie immer sehr hilfreich.

Ich habe drei Fragen.

Erstens. Herr Minister, Sie haben die 200 Mio. Euro im Rahmen des BIK-Programms angesprochen. Steht inzwischen die vom Land NRW zu dem Projekt beigesteuerte Fördersumme fest?

Zweitens. Hat es in Bezug auf die Rahmendaten des Business Case, den wir schon im Rahmen der letzten Unterrichtung diskutiert haben, in den letzten Wochen Veränderungen gegeben, etwa was Annahmen, die Markteinschätzung, die Situation hinsichtlich der chinesischen Stahlproduktion, die Energiekostenentwicklung anbelangt?

Drittens. Hat sich seit der letzten Unterrichtung etwas an der Eigentümerstruktur der Salzgitter AG geändert?

Minister **Heere** (MF): Zu Ihrer dritten Frage: Wenn die entsprechenden Meldeschwellen unter- oder überschritten werden, wird das öffentlich bekannt gegeben. Insoweit sind mir keine neuen Informationen bekannt.

Was Ihre zweite Frage angeht, kann Herr Groebler möglicherweise einige Hinweise zur allgemeinen Situation geben. Details zum Business Case müssten in vertraulicher Sitzung besprochen werden.

Herr **Groebler** (Salzgitter AG): Zur allgemeinen Lage im Stahlbereich: Am 1. Juli sind neue EU-Stahlschutzmaßnahmen in Kraft getreten. Diese gelten nicht nur für die HKM oder für Salzgitter, sondern grundsätzlich für die Stahlindustrie in Europa, und führen dazu, dass etwa 50 % der bisherigen Menge an Stahlimporten zukünftig mit Zöllen belegt sind. Die Höhe der Zölle beträgt 50 %, analog zu den von den USA erhobenen Zöllen. Wie ich bereits bei meinen letzten Ausführungen im Rahmen der Unterrichtung des Ausschusses beschrieben habe, gelangen Stahlimporte insbesondere aus Asien ungefiltert nach Europa, insbesondere seitdem die USA die Zollschränken hochgezogen haben. Das wurde von der EU dadurch beantwortet, dass sich diese ungefilterten Importe auf etwa 50 % dessen reduzieren, was wir im letzten Jahr gesehen haben.

Damit sind wir wieder auf dem zollfreien Importniveau von etwa 2014 angelangt; alles darüber Hinausgehende wird mit Zöllen belegt.

Das führt zu einer gewissen Entspannung auf dem europäischen Stahlmarkt. Die Stahlpreise haben sich stabilisiert. Im Moment zahlt man für Warmband, gewalzt, ex Deutschland etwa 720 Euro; so ist zumindest der Indexpreis. Das ist insofern bemerkenswert, als der Stahlpreis in der Sommerpause, wenn die Industrie etwas langsamer läuft, typischerweise etwas absackt. Das war dieses Jahr nicht der Fall. Insofern gehe ich davon aus, dass diese Regulatorik der Stahlindustrie und damit auch Salzgitter hilft. Das hilft sicherlich auch dem Business Case der HKM, ist dabei aber nicht berücksichtigt gewesen. Insofern ist das ein positiver Effekt, der hier aber sicherlich nicht quantifiziert werden kann.

Herr Thiele, zu Ihrer ersten Frage: Das Land Nordrhein-Westfalen ist zu 30 % an der BIK-Förderung in Höhe von bis zu 200 Mio. Euro beteiligt. Dabei handelt es sich um einen anderen Förderpotopf als bei SALCOS, das im Rahmen der Important Projects of Common European Interest (IPCEI) gefördert worden ist. Daher geht es hier auch um andere Fördersummen - das BIK-Programm ist auf 200 Mio. Euro gedeckelt - und um einen anderen Mechanismus.

Der Auszahlungsmechanismus funktioniert aber so, wie wir es von SALCOS kennen. Die ersten Rechnungen sind bereits gestellt und von Land und Bund bezahlt - im Moment allerdings noch auf einem relativ niedrigen Niveau, da wir gerade erst mit dem Projekt begonnen haben. Im Wesentlichen haben wir jetzt förderfähige Planungskosten eingereicht. Diese Summen werden über die Zeit hochlaufen.

*

Der **Ausschuss** beschließt, die Aussprache, dem Hinweis des Finanzministers entsprechend, gemäß § 93 Abs. 4 Satz 1 GO LT in einem **ersten vertraulichen Sitzungsteil** fortzusetzen. Darüber wird eine gesonderte Niederschrift erstellt.

Tagesordnungspunkt 2:

Fortsetzung der Unterrichtung durch die Landesregierung zur NORD/LB

dazu: **Vorlage 321**

Schreiben des MF vom 04.03.2026

Der **Ausschuss** beschließt, die Unterrichtung, einem Hinweis des Finanzministeriums entsprechend, gemäß § 93 Abs. 4 Satz 1 GO LT in einem **zweiten vertraulichen Sitzungsteil** fortzusetzen. Darüber wird eine gesonderte Niederschrift erstellt.

Tagesordnungspunkt 3:

Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Stand der Garantieportfolien der NORD/LB

Unterrichtung

*dazu: Übersicht „Status Quo Risikomonitoring“ des MF (am 13. August 2026 per E-Mail an die Ausschussmitglieder verteilt; **Anlage**)*

Herr **Gaberle** (EY) stellt kurz den aktuellen Stand der beiden verbliebenen Garantieportfolien der NORD/LB „Maritime Industries“ und „Aviation“ anhand der Übersicht „Status Quo Risikomonitoring“ (**Anlage**) vor, auf die insoweit verwiesen wird.

Tagesordnungspunkt 4:

Vorlagen

Vorlage 325

Hochbaumaßnahmen des Landes; Haushaltsplan 2026, Einzelplan 06, Titelgruppe 70-72, Kennziffer 0613 130 Universität Oldenburg, Forschungsbau NaviGate

Schreiben des MWK vom 06.08.2026

Az.: 45-77227-0613 130

Vors. Abg. **Dr. h. c. Björn Thümmler** (CDU) merkt an, das an der Universität Oldenburg verortete Exzellenzcluster „NaviSense“, das den institutionellen Rahmen für den hier in Rede stehenden Forschungsbau darstelle, sei ein beeindruckendes und weltweit einmaliges Forschungsprojekt. Er bittet Herrn Professor Dr. Mouritsen als Sprecher des Exzellenzclusters, das Forschungsvorhaben und das geplante Gebäude näher zu erläutern.

Herr Prof. **Dr. Mouritsen** (Uni Oldenburg) führt aus, der geplante Forschungsbau „NaviGate“ an der Universität Oldenburg diene der wissenschaftlichen Erforschung der Tiernavigation und der sensorischen Wahrnehmung von Tieren. Das Hauptziel des Gebäudes und des zugehörigen Exzellenzclusters bestehe darin, langjähriges Grundlagenwissen in konkreten Nutzen für den Artenschutz sowie für technologische Anwendungen zu überführen.

Das Herzstück des Komplexes bilde eine 18 m große, unmagnetische Kuppel mit Laserprojektoren, welche das natürliche Erdmagnetfeld völlig ungestört lasse. Über einen speziell entwickelten Aufzug im Zentrum der Kuppel ließen sich bis zu vier verschiedene Experimente vorbereiten und flexibel nacheinander in die Testumgebung fahren. In dieser weltweit einzigartigen Anlage könnten erstmals alle Sinnesinformationen - wie etwa Magnetfelder, visuelle Stimuli, Geräusche und Gerüche - zeitgleich kontrolliert und miteinander kombiniert werden.

Ein konkretes Anwendungsbeispiel bildeten Untersuchungen an Insekten im Flugsimulator, bei denen die neuronale Verarbeitung von Orientierungsentscheidungen unter wechselnden Umgebungsbedingungen abgeleitet werde. Dies ermögliche es, den Einfluss von Störfaktoren wie künstlicher Lichtverschmutzung oder Elektromog präzise, reproduzierbar und ohne bloße Vermutungen zu analysieren.

Ein wesentlicher Schwerpunkt der Forschung betreffe zudem den Erhalt der biologischen Vielfalt und die von den Vereinten Nationen geforderte Wiederansiedlung von Arten, deren Habitate durch Klimawandel und Infrastruktur zergliedert seien. Da bislang fast die Hälfte solcher Umsiedlungsprojekte fehlschlage, weil die Tiere die neue Umgebung nicht als Heimat anerkannten, müsse genau erforscht werden, wie Tiere ihr Zuhause definierten. Erkenntnisse zeigten, dass hierbei der magnetische Inklinationswinkel eine entscheidende Rolle spiele, welcher bei der Aufzucht in normalen Gebäuden gestört werden könne. Durch gezielte Steuerung schwacher Radiofrequenzfelder im Labor könne den Tieren der korrekte Heimatwinkel vermittelt werden, was Fehleinschätzungen verhindere und helfe, das Überleben von Millionen Tieren zu sichern. Darüber hinaus eröffne die Entdeckung, dass der Magnetsinn von Vögeln auf einem quantenmechanischen Prozess im Auge basiere, bahnbrechende technologische Perspektiven.

*

Der **Ausschuss** stimmt der Vorlage einstimmig zu.

Vorlage 326

Wiederbesetzung von Stellen gemäß Nr. 4 der Allgemeinen Bestimmungen zu den Personalausgaben (0309, 0318, 0401, 0406, 0501, 0521, 0901, 0910, 0941, 1501, 1506, 1555)

Schreiben des MF vom 13.08.2026

Az.: 17 1 - 04031/ 2241/2026-08

Abg. **Ulf Thiele** (CDU) spricht die lfd. Nr. 12 - Stellvertretende Abteilungsleitung der Abteilung 4 „Gesundheit und Prävention“ - an und fragt nach den Hintergründen der Entlassung des bisherigen Stelleninhabers auf eigenen Wunsch. Der Sachstand bezüglich dieser Stelle sei zum einen von Interesse, da der seinerzeitige Stelleninhaber im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie gemeinsam mit dem damaligen Staatssekretär zuständig dafür gewesen sei, das Gesundheitssystem in Niedersachsen aufrechtzuerhalten. Zum anderen gebe es aktuell erhebliche bundesgesetzliche Veränderungen mit Blick auf die Krankenhauslandschaft.

Frau **Rieth-Schnieder** (MS) bestätigt, dass der bisherige Stelleninhaber der stellvertretenden Abteilungsleitung 4 im Sozialministerium, und zwar in der Probezeit, darum gebeten habe, aus dieser Funktion entlassen zu werden. Die Person verbleibe im Ministerium, wechsle aber von der Abteilung 4 in die Abteilung 1.

Ferner sagt die Vertreterin des Sozialministeriums zu, nähere Informationen zum Hintergrund des Vorgangs schriftlich nachzuliefern.

Abg. **Reinhold Hilbers** (CDU) schließt die Fragen an, ob die betreffende Person in der Besoldungsgruppe B 3 eingruppiert bleibe und wann in der Probezeit der Stellenwechsel erfolgt sei.

Frau **Rieth-Schnieder** (MS) antwortet, der bisherige Stelleninhaber werde nunmehr nach B 2 eingruppiert, sodass die B-3-Stelle, vorbehaltlich der heutigen Kenntnisnahme des Haushaltsausschusses, zur Nachbesetzung frei werde. Die Frage von Abg. Hilbers bezüglich der Probezeit werde im Nachgang beantwortet.

*

Der **Ausschuss** nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 5:

Steuerbetrug wirksam bekämpfen - den niedersächsischen Steuervollzug fortentwickeln und Steuergerechtigkeit weiter stärken

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/10666](#)

erste Beratung: 92. Plenarsitzung am 28.05.2026

AfHuF

zuletzt beraten: 144. Sitzung am 17.06.2026 (Unterrichtung durch die Landesregierung, Anhörungsplanung)

Fortsetzung der Beratung

Beratungsgrundlage: Änderungsvorschlag der Fraktion der CDU (Vorlage 2)

Abg. **Ulf Thiele** (CDU) führt aus, der Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und Grünen gehe zwar in einigen Punkten durchaus in die richtige Richtung, sei aber aus Sicht der CDU-Fraktion viel zu unkonkret. So werde darin im Wesentlichen gefordert, das Projekt „Tax Defense Analytics“ (TaDeA) fortzuführen und eine länderübergreifende Vernetzung der Steuerbetrugsbekämpfung herzustellen, ohne jedoch deutlich zu machen, wie das geschehen solle.

Aus diesem Grund habe die CDU-Fraktion einen Änderungsvorschlag vorgelegt, der insbesondere zwei aktuelle Entwicklungen aufgreife:

Zum einen sei auch durch die parlamentarische Informationsreise des Unterausschusses „Prüfung der Haushaltsrechnungen“ nach Luxemburg im Gespräch mit Vertretern der Europäischen Staatsanwaltschaft (EuStA) deutlich geworden, dass diese systematisch in entsprechende politische Ansätze einbezogen und mit der Bundes- und der Länderebene verzahnt werden müsse.

Zum anderen habe sich die Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG) jüngst klar zu der Frage positioniert, wie dem Umsatzsteuerbetrug besser entgegengetreten werden könne. So habe man mit gutachterlicher Unterstützung festgestellt, dass Österreich es in kurzer Zeit geschafft habe, den Umsatzsteuerbetrug von ca. 10 % der Gesamtumsatzsteuersumme auf ca. 1 % zu reduzieren, indem ohne steuergesetzliche Veränderungen Betrugstatbestände weitgehend hätten abgestellt werden können.

Ein wesentliches Element dabei sei der Einsatz digitaler Instrumente gewesen. Ein weiterer Aspekt, der sich auch als Forderung im Änderungsvorschlag der CDU-Fraktion niedergeschlagen habe, sei eine Pflicht zum Angebot digitaler Zahlungsmethoden - etwa auch an Imbissbuden oder in Barbershops. Diese Vorgehensweise habe in Österreich, aber auch in anderen europäischen Ländern zu erheblichen Verbesserungen geführt, da fiktive Einnahmeströme so schwerer darstellbar seien.

Ein weiterer Themenbereich, den auch die DSTG adressiere, sei der internationale Steuerbetrug im Immobilienhandel. Laut Expertenmeinung sei es möglich, mittels Immobilien im deutschen Inland und Immobiliengesellschaften im europäischen Ausland im großen Stil Vorsteuerabzüge vorzunehmen, ohne dass eine Umsatzsteuerzahlung erfolgt sei. Somit könnten

Umsatzsteuerzahlungen vom Staat zurückverlangt werden, die wegen der fehlenden strukturellen Transparenz nicht nachvollziehbar seien und ausgezahlt werden müssten. Dabei werde davon ausgegangen, dass dem Staat so Milliardenbeträge entzogen würden.

Ob es letztlich gelinge, den Bund über Bundesratsinitiativen oder Ähnliches dazu zu bewegen, entsprechende Rechtsänderungen vorzunehmen, bleibe abzuwarten. Aber diese Themen und Instrumente gegen Steuerbetrug müssten nach Auffassung der CDU-Fraktion in einem parlamentarischen Entschließungsantrag konkret adressiert werden, wenn ein tatsächlicher Fortschritt das Ziel sei. Es dürfe nicht darum gehen, lediglich Dinge zu fordern, die als durch Regierungshandeln bereit erledigt gelten könnten.

Vor diesem Hintergrund hoffe er, Thiele, dass auf dieser Grundlage in den kommenden Wochen möglicherweise auch eine von den Fraktionen der CDU, der SPD und der Grünen gemeinsam getragene Beschlussempfehlung erarbeitet werden könne.

Abg. **Dr. Dörte Liebetruh** (SPD) legt dar, ihre Fraktion sehe durchaus Parallelen zwischen dem Entschließungsantrag und dem Änderungsvorschlag der CDU und würde es begrüßen, wenn es zu einer gemeinsam getragenen Beschlussempfehlung käme.

Gleichwohl seien einige Punkte im Änderungsvorschlag zu unkonkret und würfen mithin Fragen auf:

Bei der Forderung unter Nr. 4 werde nicht deutlich, inwieweit die Forderungen der CDU-Fraktion mit Blick auf TaDeA über den Antrag von SPD und Grünen hinausgingen; hierzu bestehe Gesprächsbedarf.

Hinsichtlich der Feststellung unter Nr. 3, den Aspekt des Personals betreffend, wiederum verstehe die SPD-Fraktion den Änderungsvorschlag eher als eine Konkretisierung denn als völlig neue Linie. Unklar sei, welche konkreten zusätzlichen Stellen oder Organisationseinheiten die CDU-Fraktion gegenüber dem im Entschließungsantrag bereits vorgesehenen risikoorientierten Personalausbau fordere und welche zusätzlichen Qualifikationen sowie Haushaltsmittel dafür für erforderlich gehalten würden.

Mit Blick auf die Forderung unter Nr. 7 zur Schaffung einer gemeinsamen Datenplattform aller 16 Länder stelle sich die Frage, warum gemeinsame Datenstandards und Schnittstellen nicht ausreichend sein sollten, welche Daten auf einer zentralen Datenplattform gespeichert werden sollten, welche Behörden Zugriff darauf erhalten sollten, wer datenschutzrechtlich verantwortlich sein solle und welche Rechtsgrundlagen und Kosten insoweit zu berücksichtigen seien.

Mit Blick auf die Feststellung unter Nr. 5 sowie die Forderung unter Nr. 16, die eine Speicherung von IP-Adressen beträfen, bleibe unklar, welches konkrete Ermittlungsdefizit dadurch behoben werden solle. Es müsste zunächst beantwortet werden, wie viele Ermittlungsverfahren bereits daran gescheitert seien, dass entsprechende IP-Adressen nicht lange genug gespeichert worden seien, und welche Speicherfristen die CDU-Fraktion insoweit für erforderlich halte. Damit in Zusammenhang stünden zudem Fragen des Schutzes der Rechte Unbeteiligter.

Zu begrüßen sei, dass offenkundig überfraktionell Konsens beim Thema digitale Zahlungsmethoden bestehe. Die Folgerungen für die Bundes- und Europapolitik müssten hingegen noch stärker konkretisiert werden; so müsse deutlicher werden, was Niedersachsen selbst umsetzen könne und wofür eher der Bund bzw. die Europäische Union zuständig seien.

Über diese Punkte sollte mit Blick auf die Aspekte Notwendigkeit, konkreter Nutzen, Rechtsgrundlagen, Verhältnismäßigkeit, Kosten und tatsächlicher Mehrwert nach der für die Folgesitzung vorgesehenen Anhörung noch gesprochen werden.

*

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsvorschlag der Fraktion der CDU in die für den 26. August 2026 vorgesehene Anhörung einzubeziehen.

Status Quo Risikomonitoring



Übersicht Garantieportfolien



Maritime Industries



Aviation

Garantiebetrag (vorläufig)	23.12.2019: EUR ~1,5 Mrd. 31.12.2020: EUR ~1,0 Mrd. 31.12.2021: EUR ~0,6 Mrd. 31.12.2022: EUR ~0,3 Mrd. 31.12.2023: EUR ~0,1 Mrd. 31.12.2024: EUR ~0,03 Mrd. 31.12.2025: EUR ~0,01 Mrd. 31.03.2026: EUR ~0,01 Mrd. 30.06.2026: EUR ~0,01 Mrd.	23.12.2019: EUR ~1,7 Mrd. 31.12.2020: EUR ~1,1 Mrd. 31.12.2021: EUR ~0,7 Mrd. 31.12.2022: EUR ~0,4 Mrd. 31.12.2023: EUR ~0,2 Mrd. 31.12.2024: EUR ~0,11 Mrd. 31.12.2025: EUR ~0,04 Mrd. 31.03.2026: EUR ~0,04 Mrd. 30.06.2026: EUR ~0,04 Mrd.
Vergütung	Kum. fixe Vergütung: EUR 236,0 Mio. (bereits gezahlt: EUR 236,0) Keine weiteren Zahlungen	Kum. fixe Vergütung: EUR 60,0 Mio. (bereits gezahlt: EUR 60,0 Mio.) Keine weiteren Zahlungen
Garantieleistungen	Bisher gezahlt: EUR 7,3 Mio. Zusätzlich angekündigt: -	Bisher gezahlt : EUR 1,9 Mio. Zusätzlich angekündigt: -
Portfolioabbau seit Start der Garantie	▶ Der Portfolioabbau erfolgte schneller als in dem ursprünglichen vorgesehenen Tilgungsplan vom 31.12.2019 erwartet wurde. ▶ In Q1 und Q2 2026 wurden keine Stundungen oder Duldungen beantragt. ▶ Bisher gibt es bei neun Kreditnehmern materielle Garantiefälle (davon zwei Insolvenzen und sieben Kreditablösungen zur Vermeidung weiterer Verluste).	▶ Der Portfolioabbau erfolgte in etwa auf dem Niveau des ursprünglich vorgesehenen Tilgungsplans vom 31.12.2019. ▶ In Q1 und Q2 2026 wurden keine Stundungen oder Duldungen beantragt. ▶ Bisher gibt es einen materiellen Garantiefall in Folge der Insolvenz eines Kreditnehmers.